

der springende punkt



Inhalt

Nr. 5

- Praktisches Jahr
- VDS-Aktionstage vom 1.-3.12.75
- Marburger AStA amtsenthoben
- Kommt mal ins Studentenzentrum
- Das 13. Programm : Kittner kommt nach Lübeck
- Kommunisten jetzt für Berufsverbote?
- Termine , Zitate

1. 12. 75

AO & STUDENTEN BUNDESWEIT

Definition:

Das PRAKTISCHE JAHR (PJ) ist

- Teil der Ausbildung (dritter Klin. Abschnitt und Zentrum der prakt. Lehre
- zeitlich vor dem dritten Abschnitt der ärztlichen Prüfung
- in bestimmten Einrichtungen (Akad. Lehrkrankenhäuser) abzuleisten (siehe § 4, Abs. 1, 2.)

HAT DAS PJ VORTEILE FÜR UNS?

Die grundsätzliche Haltung der Fachkonferenz Medizin in der VDS (Vereinigte deutsche Studentenschaften) zum PJ:

Grundsätzlich begrüßen wir die Neuerung PJ, denn unserer Ansicht nach ist jeder Schritt zu einer praxisbezogeneren Ausbildung ein Schritt nach vorn.

Außerdem bietet die Regelung des PJ gegen über der Medizinalassistentenzeit der alten Bestallungsordnung den Vorzug, direkt am Krankenhaus bei teilweise eigenverantwortlicher Arbeit eine regelrechte Ausbildung zu haben.

WAS WIR ERREICHEN MÜSSEN

Um das PJ zu einer echten Verbesserung zu machen, müssen wir jedoch noch einiges erreichen, unsere Interessen durchsetzen:

In dreierlei Hinsicht ist das PJ in der jetzigen, konkreten Planung für uns nicht akzeptabel:

I. Finanziell

- für die Absolventen des PJ soll der studentische Status weiterbestehen, obwohl wir einen festen Arbeitstag haben werden, d.h. wir sollen zwar arbeiten, bekommen aber kein Geld
- wir müssen uns an dem Ort des akad. Lehrkrankenhauses (ALK) ein weiteres Zimmer mieten, denn die ALK-Träger (meist Kreis) beschaffen keinen Wohnraum in ihren Heimen. Das Zimmer am Studienort muß be-

stehen bleiben, denn wir müssen nach dem PJ noch ein Examen machen. Und außerdem, wer kann sich schon jedes Jahr zwei Umzüge leisten?

§ 4

Sondervorschrift für die praktische Ausbildung in Krankenanstalten, die nicht Krankenanstalten der Hochschule sind

(1) Die praktische Ausbildung nach § 3 Abs. 1 kann in Krankenanstalten, die nicht Krankenanstalten der Hochschule sind, nur durchgeführt werden, wenn in der Abteilung, in der die Ausbildung erfolgen soll, eine ausreichende Anzahl von Ärzten sowohl für die ärztliche Versorgung als auch für die Ausbildungsaufgaben zur Verfügung steht.

(2) Die Durchführung der praktischen Ausbildung setzt außerdem voraus, daß der Krankenanstalt folgende den Ausbildungsanforderungen entsprechende Einrichtungen zur Verfügung stehen:

1. eine leistungsfähige Röntgenabteilung,
2. eine fachwissenschaftliche Bibliothek,
3. eine Prosektur,
4. ein leistungsfähiges Laboratorium,
5. ausreichende Räumlichkeiten für Aufenthalt und Unterrichtung der Studierenden und
6. soweit eine Ausbildung in der Inneren Medizin durchgeführt wird, Unterrichtslaboratorien mit einer Grundausrüstung, in denen die Studierenden unter der Anleitung eines für diese Aufgabe zur Verfügung stehenden medizinisch-technischen Assistenten oder einer sonst hierzu geeigneten Person Routineuntersuchungen zu Ausbildungszwecken durchführen können.

AO

II. Lehrplan

- eine sinnvolle Ausbildung im PJ ist nur möglich mit einem verbindlichen, halbparitätisch erarbeiteten Lehrplan. (Curriculum Ein solches Curriculum existiert bisher noch nicht. Bisher wurde nur einmal an der FU Westberlin ein Modellversuch gefahren.
- für Räumlichkeiten (Konferenzzimmer, Schreibzimmer, Arbeitsräume-Bibliothek u.ä. wurde bisher kein Pfennig ausgegeben
- für eine ausreichende Anzahl von Ärzten und anderem Lehrpersonal ist bisher keine Planstelle eingerichtet worden (siehe dazu: Text der AO), das bedeutet, die Versorgung der Kranken ist bei jetzigem Stand der Planung durch das PJ gefährdeter als ohnehin
- den ALKs wurde zwar per Gesetz schon die Möglichkeit gegeben, Polikliniken einzurichten, die poliklinischen Einrichtungen fehlen aber bis jetzt. Ohne Polikliniken sehen wir in den ALKs nicht genug Patienten. (Nur ausgewählte Kranke)

III. Interessenvertretung:

- mit einem studentischen Status dürften wir uns nur durch die fasste Studentenschaft vertreten lassen. So ist das PJ geplant. Es leuchtet aber ein, daß ein ASTa kaum etwas an einem (möglicherweise einige 100 km entfernten) ALK ausrichten kann.

Wir meinen, dieses Problem kann man nicht dadurch lösen, daß die Assistenten durch entsprechende Klauseln in ihren Besoldungsverträgen einfach zu dieser Zusatzaufgabe verpflichtet werden bei objektiv bestehender Überbelastung. (So planen das einige Krankenhaussträger)
Wir fordern stattdessen genügend neue Planstellen, sodaß den Assistenten eine Lehrtätigkeit möglich ist!

SELBSTSTUDIUM

In allen ALKs sind bisher noch keine Einrichtungen zum Selbststudium vorhanden.
In Flensburg will man mangels staatlicher Mittel die privat vorhandenen Bücher der einzelnen Ärzte ins Krankenhaus überführen und den Studenten zur Verfügung stellen.
Das zeigt zwar, daß die Flensburger Ärzte bei der Vorbereitung des PJ in ihrem Krankenhaus sehr viel private Initiative aufbringen; trotzdem kann das nicht die Bereitstellung finanzieller Mittel durch die Landesregierung ersetzen!

POLIKLINISCHE AUSBILDUNG

Die polyklin. Ausbildung ist nach den bestehenden Einrichtungen an den ALKs nicht durchzuführen.

In Heide gibt es einige Ambulanzen, aber keine Polyklinik.
In Rendsburg besteht nur die Privatliquidation, allgemeine polyklinische Versorgung existiert nicht.
In Pinneberg gibt es nur in der Chirurgie eine Polyklinik.

KLINISCH PHARMAKOLOGISCHE KONFERENZ

Klin.-pharmakolog. Konferenzen sind fest eingeplant in Flensburg und in Rendsburg.
In Heide u. Pinneberg gibt es keine Vorbereitungen.

KLINISCH - PATHOLOGISCHE KONFERENZ

Allein in Rendsburg existiert ein eigenes patholog. Institut. Dort sind geplant, Hörsaal u. Demonstrationsräume neuzubauen. In Flensburg soll ein Pathologe fest eingestellt werden. In Heide soll der Rendsburger Pathologe den Unterricht übernehmen, auch in Pinneberg soll ein auswärtiger Pathologe unterrichten.

In dieser Frage wie auch in der Frage der Planstellenbesetzung auf den Stationen befinden sich die ALKs noch immer im Stadium der Planung, d.h. konkrete Bestimmungen, wie die Besetzung zu Beginn des PJ sein wird, gibt es noch nicht.

Zusammenfassend läßt sich sagen:

Unsere Minimalforderungen wie

- polyklin. Ausbildung
- ausreichend klin.-patholog. u. klin.-pharm. Unterricht
- zureichende personelle Ausstattung
- Möglichkeiten zum Selbststudium

- alles Forderungen, die vom Ausbildungsgesichtspunkten her unbedingt notwendig sind (bzw. Von der AO vorgeschrieben werden), sind bisher nirgendwo erfüllt.

Zwar mangelt es nicht am guten Willen einzelner Krankenhäuser (Beispiel Flensburg)

Was fehlt, sind definitive Zusagen der Landesregierung. Das gilt besonders für die Bereitstellung der finanziellen Mittel, die für Erweiterungsbauten der Krankenhäuser, Planstellenerweiterung usw. dringend benötigt werden!

Beate Uhse will die CDU in ihren Katalog aufnehmen, weil die Mischung aus schwarz und durchsichtig besonders anregend auf ihr Publikum wirkt.



UMFRAGE ...

und die ERGEBNISSE

Akademische Lehrkrankenhäuser werden die Häuser genannt, in denen wir laut AO (§ 3u.4) unser praktisches Jahr verbringen sollen. Also die Zeit zwischen der 2. und 3. ärztlichen Prüfung. Für einen Teil der Studenten soll die Ausbildung in den Unikliniken stattfinden.

Wir haben eine Umfrage zur Situation in den Lehrkrankenhäusern gemacht, weil wir berechtigte Zweifel daran hatten, daß diese Häuser ernsthaft auf die Lehrtätigkeit vorbereitet würden. (Zu den Ergebnissen weiter unten). Zunächst wollen wir unsere Fragen kurz erläutern.

Minimalanforderungen

Unsere Fragen orientieren sich an Minimalanforderungen, d.h. nach so wünschenswerten und sinnvollen Einrichtungen wie Intensivstation, EKG, mikrobiologisches Labor, Rettungsdienst usw. haben wir nicht gefragt.

Wir fragten folgendes:

- Zahl der Studenten, Art und Größe (Bettenzahl) der Abteilungen, Arzt:Patient, Arzt:Student Verhältnis.
 - sind Ausbildungspläne erstellt?
 - sind Assistenten bereit zu unterrichten?
 - Möglichkeit zum Selbststudium (Bibliothek)?
 - gibt es klinisch-pathologische Konferenzen (§4,1 AO)?
 - gibt es pharmakologisch-therapeutische Konferenzen?
 - poliklinische Ausbildung?
- Unter Poliklinik verstehen wir: ambulante Behandlung von unausgesuchtem Patientengut d.h. der Patient kann in die Klinik statt zum niedergelassenen Arzt gehen. Wir sollen dabei die Erstdiagnose und Erstbehandlung lernen. Der Nutzen liegt auf der Hand. Dagegen sind natürlich nur die ständischen Ärzteverbände, die ihr Behandlungsmonopol und damit ihre Einkommenschancen gefährdet

- wie ist der äußere Rahmen gesichert? d.h. Wohnmöglichkeiten, Unterrichts- u. Konferenzräume, Arbeitsräume auf Station.

Baustopp verordnet!

Folgende Lehrkrankenhäuser sind vorgesehen: Flensburg, Rendsburg, Neumünster, Heide und Pinneberg.

Für Neumünster hat das Land einen Baustopp erlassen. Das dortige Krankenhaus scheidet deshalb für die Umfrage von vornherein aus.

Was ergab die Fragebogenaktion im einzelnen?

Lehrpläne

Keines der akademischen Lehrkrankenhäuser (ALK) verfügt zum jetzigen Zeitpunkt über Lehrpläne, nach denen die Ausbildung im Prakt. Jahr (PJ) zu erfolgen hat. Die Kommission in Kiel, die mit der Erstellung eines zentralen Lehrplanes beauftragt ist, hat bisher nichts Entsprechendes vorgelegt.



"Bitte, Opa, erzähl uns noch einmal die Geschichte, wie du aus dem Laboratorium dieses verrückten Wissenschaftlers entwischt bist...."

Unterricht

Die Assistenten sind keineswegs an allen ALKs bereit, die Ausbildung der Studenten im PJ zu übernehmen. Das gilt besonders für Heide und Pinneberg. Als Begründung wird in Pinneberg ganz offen die Überbelastung der Assis

Ohne den Ausbildungsvertrag, den wir daher fordern, könnte man am Krankenhaus mit uns machen was man will, wir könnten uns nicht wehren, wir könnten unsere Interessen nicht durchsetzen. Durch einen Ausbildungsvertrag haben wir die Möglichkeit, uns durch den Betriebsrat vertreten zu lassen, genauso wie die anderen Auszubildenden am Krankenhaus.

Es war von seiten des Gesundheitsministeriums sogar schon die Rede von spez. Hausordnungen für die PJ-Absolventen! Auch die gewerkschaftliche Betätigung sollte uns verboten werden. All das können wir abwenden durch den Ausbildungsvertrag.

Er garantiert uns:

- eine feste Ausbildungsvergütung
- einen verbindlichen Lehrplan
- Ausbildungsmodalitäten (wo, wie lange, bei wem)
- Interessenvertretung durch den Betriebsrat
- freie gewerkschaftliche u. polit. Betätigung
- Teilnahme an Gemeinschaftsverpflegung, Haftschutz etc.)

UNSERE FORDERUNGEN:

Die Fachkonferenz Medizin im vds hat das Praktische Jahr grundsätzlich begrüßt, da es von seiner Anlage her eine Verbesserung der Ausbildung gegenüber der MA-Zeit bedeutet und zur sinnvollen Durchführung des PJ gefordert:

- Die PJ-Studenten haben die gleichen Rechte und Pflichten, wie die anderen Auszubildenden am Krankenhaus (z.B. Lernschwestern): Ausbildungsvergütung, Gemeinschaftsverpflegung, Schutzkleidung, Berufsgenossenschaft und Haftschutz, Vertretung durch den Personalrat etc.)
- Die Einführung des PJ darf nicht auf Kosten der Krankenversorgung oder der anderen am Krankenhaus Beschäftigten geschehen.
- Die Lehrpläne werden durch halbparitätisch besetzte Kommissionen erstellt.
- An den Krankenhäusern, wo das PJ durchgeführt wird, werden Polikliniken eingerichtet um eine Ausbildung in ambulanter Medizin (mit seiner Krankenverteilung, vergl. S. ,Nr.10, These von Udo Schagen) und eine Verbesserung der Krankenversorgung zu gewährleisten.

Quelle: Kommentierte AO.
(Bei uns (AStA) erhältlich)

- Punkt 1. müssen wir zusammen mit der ötv im Sinne eines Ausbildungsvertrages durchsetzen

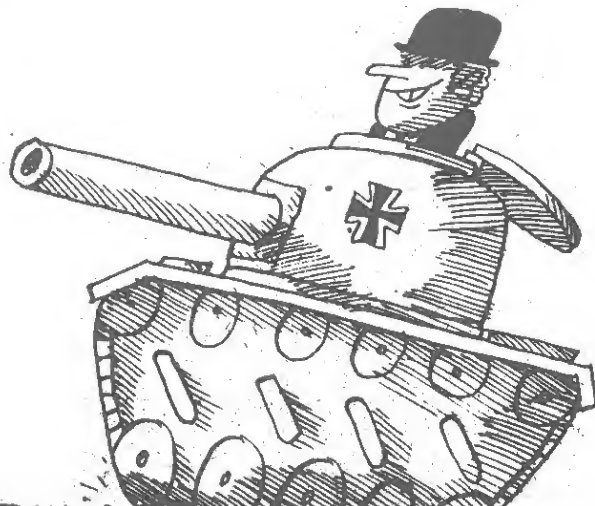


Vorläufiger Maßnahmeplan

- 1.) eine Informationsveranstaltung durchzuführen mit Vertretern eines ALK, des Kultusministeriums, der Unikliniken, und dem bisherigen VDS-Sekretär.

Auf solch einer Veranstaltung haben wir dann die Möglichkeit, aus erster Hand zu erfahren, wie es mit den Vorbereitungen des PJ steht.

- 2.) Bundesweit ist den Länderregierungen bis Januar ein Ultimatum gestellt. Wenn sie bis dahin unsere Forderungen zum PJ nicht erfüllt haben, so werden an den einzelnen Unis Urabstimmungen über Streik durchgeführt, das hat die letzte Fachkonferenz Med. in Düsseldorf beschlossen.



An den

Sozialminister des Landes

Schleswig-Holstein

23 Kiel 1

Brunswiker Straße 16-22

Die Approbationsordnung für Ärzte sieht im letzten Jahr des klinischen Studiums eine einjährige praktische Ausbildung im Krankenhaus vor.

Die Möglichkeiten dieses praktischen Jahres sind im Modellversuch in Westberlin von Oktober 74 bis September 75 erprobt worden. Dabei zeigte sich, daß bestimmte Bedingungen erfüllt sein müssen, damit

- die Patientenversorgung am Krankenhaus nicht verschlechtert wird
- die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten der Lehrkrankenhäuser nicht noch ungünstiger werden
- eine qualifizierte klinische Ausbildung der Studenten gewährleistet
- und die soziale Lage der Studenten abgesichert und nicht verschlechtert wird.

Diese Bedingungen sind:

1. Auf jeder Station, auf der die Studenten ausgebildet werden, müssen ausreichend Planstellen für Vollassistenten vorhanden sein, d.h. die Arzt/Student Relation muß 1:4, die Student/Patient Relation muß 1:10 betragen. Es müssen Planstellen für besondere Berufe vorhanden sein (z.B. Rettungsstelle), so daß hierfür keine Ärzte von den Stationen eingesetzt werden.
2. Zur Gewährleistung der ambulanten Ausbildung und im Interesse einer besseren Versorgung der Patienten müssen an den akademischen Lehrkrankenhäusern Polikliniken eingerichtet werden.
3. Da der Student ein Auszubildender am Krankenhaus ist, muß er auch die Rechte eines Auszubildenden haben, d.h. er muß Praktikant im Sinne des Berufsbildungsgesetzes sein.

Wir fordern deshalb einen Praktikantenvertrag gemäß § 19 Berufsbildungsgesetz, in dem dem Studenten garantiert sein muß:

- Ausbildungsvergütung in Höhe von derzeit 700 DM in Anlehnung an bestehende Tarifverträge für Auszubildende am Krankenhaus
- Essenszuschuß und Stellung von Arbeitskleidung durch das Krankenhaus
- ein Anspruch auf 4 Wochen bezahlten Urlaub
- voller Versicherungsschutz für die Studenten
- personalrechtliche Vertretung durch den Personalrat des Lehrkrankenhauses

der Student muß ferner die Möglichkeit haben, sich gewerkschaftlich zu organisieren und betätigen.

Diese Forderungen werden von den Fachschaften der Medizinischen Fakultäten schon seit Jahren erhoben. Auf der Erfüllung dieser Forderungen müssen wir im Interesse aller Betroffenen entschieden bestehen.

Wir fordern die Verantwortlichen deshalb dazu auf, bis zum 17.1.76 die Erfüllung dieser Forderungen zuzusagen. Bei fehlender oder unzureichender Stellungnahme bzw. Ablehnung werden wir Schritte zu ihrer Durchsetzung unternehmen.

Für die Studentenschaft der MHL

Jürgen Kalle

Rede eines Arbeiters an einen Arzt

B. Brecht

Wir wissen, was uns krank macht.
Wenn wir krank sind hören wir,
Daß Du es bist, der uns heilen wird.

Zehn Jahre lang, heißt es
Hast Du in schönen Schulen
Die auf Kosten des Volkes errichtet wurden
gelernt, zu heilen, und für deine Wissenschaft
ein Vermögen ausgegeben.
Du mußt also heilen können.
Kannst Du heilen ?

Wenn wir zu Dir kommen
werden uns unsere Lumpen abgerissen
und Du horchst herum an unserem nackten Körper
Über die Ursache unserer Krankheit
würde Dir ein Blick auf unsere Lumpen
mehr sagen, dieselbe Ursache zerschleißt
unsere Körper und unsere Kleider.

Das Reißen in unserer Schulter
kommt, sagst Du, von der Feuchtigkeit, von der
auch der Fleck in unserer Wohnung kommt.
Sage uns also :

Woher kommt die Feuchtigkeit ?

Zu viel Arbeit und zu wenig Essen
macht uns schwach und mager.
Dein Rezept lautet :
Ihr müßt zunehmen.
Da kannst Du auch dem Schilf sagen,
es soll nicht mehr naß werden.

Wieviel Zeit wirst Du haben für uns ?
Wir sehen : Ein Teppich in Deiner Wohnung
kostet soviel, wie Dir
fünftausend Untersuchungen einbringen.

Du sagst wahrscheinlich, daß Du
unschuldig bist. Der feuchte Fleck
an der Wand unserer Wohnungen
sagt nichts Anderes !

(Nicht) alle Deutschen (sollten) haben (unter bestimmten, nicht näher definierten Umständen, sofern sie alle Vorbedingungen erfüllt haben) (im Allgemeinen) (die Pflicht) das Recht, (evtl) den Beruf, (unter Umständen), den Arbeitsplatz
den Arbeitsplatz und (selten) die Ausbildungsstätte (mit gewissen Einschränkungen) (un)frei zu wählen (sich aufzwingen zu lassen) Art 12 GG

wichtig - wichtig - wichtig - wichtig - wichtig - wichtig

Vom **1.-3.12.** finden **bundesweit** an den Unis die **VDS-**
Aktionstage statt. Sie stehen im Zeichen der allgemeinen

- Verschlechterung der Ausbildung
- Sozialen Demontage
- Abbau demokratischer Rechte

Die Gestaltung dieser Aktionstage an der MHL sehen folgendermaßen aus:

MO, 13-16⁰⁰ HEARING im Rahmen
einer **VV**

Themen: 1. **SATZUNG** der **Studentenschaft**
der **MHL**

Der KuMi versucht auch uns seine **Mustersatzung** aufzuzwingen, die im wesentlichen das politische Mandat der verfaßten Studentenschaft, die VV und die Urabstimmung nicht mehr vorsieht!

Der FOP soll die Studenten der MHL über die augenblickliche Lage (s. auch "Springender Punkt" Nr.4) informieren und evtl. das weitere Vorgehen in dieser Sache diskutieren.

2. **SPARMASSNAHMEN** (speziell an der MHL)

und ihre **Auswirkungen** auf die **Krankenversorgung** und unsere **Ausbildung** (für das **INTERNATJAH** z.B. welches bereits ab Oktober nächsten Jahres durchgeführt werden soll, sind bis jetzt keine organisatorischen und vor allem finanzielle Vorbereitungen getroffen worden!)

wichtig - wichtig - wichtig - wichtig - wichtig - wichtig

Eingeladen sind alle Professoren der MHL, das Präsidium, ein Vertreter des Sozialministeriums, der leitende Arzt des als Lehrkrankenhaus vorgesehenen Stadtkrankenhauses Rendsburg und die Presse (damit die ganze Misere mal an die Öffentlichkeit dringt!!)

Diese beiden TOP's betreffen unsere Grundrechte auf freie Meinungsäußerung etc. und eine qualifizierte Ausbildung. Deshalb:

kommt möglichst zahlreich

auch wenn Euch die Zeit vielleicht nicht ganz gelegen ist
(Organisatorische Gründe)

MO, 20^o

**Kabarett mit
DIETRICH KITTNER**

(s.S. 12)

Programm : "Schöne Wirtschaft"

Im Hörsaal T₁

Kartenvorverkauf (3,50 DM) im AStA

DI, 19³⁰

Veranstaltung zu den **BERUFSSVERBOTEN**

Gerade in der letzten Zeit spitzt sich die Situation in dieser Frage immer mehr zu. Es haben Referenten zugesagt, die z.B. von Anhörungsverfahren berichten und zur Frage der Verfassungsmäßigkeit der Berufsverbote Stellung nehmen (Pastor Wand-schneider aus Norderstedt)

Nehmt die Gelegenheit wahr, um Euch bei Betroffenen zu informieren !

Auch unter den Ärzten der MHL gibt es inzwischen ein Berufsverbot!

Ort: (Wahrscheinlich) in T₁ (Das Präsidium hat

marburg:

asta amtsenthoben

In den vergangenen Monaten hat das RCDS-Mitglied Wolf gegen den Marburger AStA Gerichtsurteile erwirkt, mit denen mit je 2000 DM u.a. folgende Flugblätter des AStA Marburg bestraft wurden:

-10.1.75 Der AStA veröffentlicht ein Flugblatt zur Chile Solidarität, das mit 2000 DM Strafe belegt wird. Die Studentenschaft wird über diesen Vorfall durch eine Wandzeitung informiert, in der der Infotext als Beleg beigelegt ist. Dafür hagelt es erneut 2000 DM.

-14.4.75 AStA Info "Gemeinsam gegen Berufsverbote". 2000DM Strafe.

-30.5.75 Aufruf zur DGB Demo und Sternmarsch. 2000 DM Geldstrafe.

-Abdruck eines Gedichts von Peter Schütz zu Chile. 2000DM Strafe.

-Veröffentlichung einer Staeck-Grafik zum faschistischen Terror in Chile. 2000 DM Strafe.

u.s.w.

Insgesamt mußte der Marburger AStA bisher 22000 DM Strafe bezahlen.

Juristische Grundlage war ein Beschluß des Verwaltungsgerichtshofes Kassel vom 18.11.74, mit dem dem AStA in der Zukunft jede in den vergangenen Jahren praktizierte fortschrittliche Politik verboten werden sollte, mit der der AStA erfolgreich für die Berufung demokratischer und fortschrittlicher Wissenschaftler, gegen den Abbau demo-

kratischer Rechte und für die soziale Sicherung gekämpft hatte.

Ende Oktober 75 stellte der Uni-Präsident Zingel dem AStA ein Ultimatum sein Aktionsprogramm für das WS zurückzuziehen. Nach Ablauf des Ultimatum, das Zingel nach einer VV mit 3000 Studenten und einer Demonstration von 6000 Studenten verlängern mußte, wurde der AStA am 1.11. amtsenthoben und



Staatskommissar eingesetzt.

Darauf folgte eine weitere spontane Demonstration.

Dieser Willkürakt des Marburger Unipräsidenten hat in weiten Teilen der Bevölkerung Empörung ausgelöst.

Es liegen Solidaritätsadressen von über 60 ASten, von zahlreichen Verbänden wie z.B. der OTV Hessen und zahlreichen Einzelpersonlichkeiten vor.

Die Marburger Studenten jedoch geben Ihren Kampf für den Erhalt Ihres AStA nicht auf. Obwohl Zingel dem AStA, Wasser, Strom und Heizung abspernte, obwohl die Konten gesperrt wurden, lassen sie den Staatskommissar

nicht in die Räume des ASTA.

Immer noch halten ca 100 Studenten unerschütterlich die Räume des ASTA besetzt, nach wie vor führt der ASTA seine Amtsgeschäfte aus.

Die Solidarität mit den Marburger wächst! Dietrich Kittner z.B. hat bereits eine Solidaritätsnachtwache in Marburg gehalten, Franz-Josef Degenhard und Dieter Süverkrüpp haben sich ebenfalls bereiterklärt, eine Nachtwache zu halten.

Der Marburger ASTA hat in der Woche vom 17.-21.11.75 eine Urabstimmung durchgeführt mit den Forderungen:

- Weg mit dem Staatskommissar
- Für die Wiedereinsetzung des ASTA
- Für die gesetzliche Verankerung des Politischen Mandats der Verfaßten Studentenschaft
- Für einen Streik zur Durchsetzung dieser Forderungen

Das Ergebnis der Urabstimmung sieht folgendermaßen aus:

Wahlbeteiligung: 6900 Studenten (ca. 50% der gesamten Marburger Studentenschaft)

Ja-Stimmen: 5900

Nein und ungültige Stimmen: 1 000 (Viele der ungültigen Stimmen kamen dadurch zustande, daß viele der Kommilitonen die ersten 3 Forderungen unterstützten, nicht aber für einen Streik eintraten)

**Wenn ihr den Marburger
ASTA finanziell unterstützen
wollt, kauft Solidaritäts-
"Bausteine"!
im ASTA erhältlich!**

Mal ganz konkret:

"Jede Familie in der BRD zahlt jährlich im Schnitt 3352 DM Lohnsteuer. Das Kölner Institut der Deutschen Wirtschaft hat nun ausgerechnet, daß jeder Studienplatz das Sechsfache kostet. Man kann aber auch anders rechnen: Die Einsparung eines einzigen Schusses aus einer 115-mm-Feldhaubitze könnte pro Semester einen neuen Studienplatz schaffen (er kostet 9 000 DM). Allein für den Treibstoff, der von den 16 000 Räder- und 3 000 Kettenfahrzeugen bei der viertägigen "Großen Rochade" verbraucht wurde, hätte man 640 Studenten ein Jahr lang studieren lassen können (12,8 Mio DM). Hätte man die 500 Millionen DM, die dem Steuerzahler die Verlegung einer US-Kampfbrigade nach Norddeutschland kosten soll, den Hochschulen zur Verfügung gestellt, hätte in diesem Semester jeder der 52 000 abgewiesenen Studienbewerber einen Studienplatz bekommen können."

KOMMT mal in's ZENTRUM

Jeder, der in eine fremde Stadt kommt, hat mit den gleichen Schwierigkeiten und Problemen zu kämpfen, die da sind Isolation, Kontaktschwierigkeiten, Orientierungsmangel etc. Besonders am Abend, allein auf der Bude, treten diese Faktoren zutage. Man weiß nicht, wo was los ist, wo man hingehen kann, wo man Leute treffen kann.

Dieses Problem möchten wir lösen helfen.

Wir schlagen Euch vor, geht doch mal in das Studentenzentrum! Es liegt in der Alfstr. 32/Ecke Gerade Querstraße.

Von der Untertrave kommt Ihr bequem dorthin. Hier könnt Ihr Leute treffen, Euch unterhalten, Spiele spielen usw. Weiterhin bietet das Studentenzentrum neben den einmalig niedrigen Preisen (1/2l Bier für 1,20 DM) jeden Freitag Jazz. Sonnabends sollen Rock- und Folk-Veranstaltungen, teilweise auch Dichterlesungen stattfinden, Dienstags werden Sonderveranstaltungen durchgeführt.

Bereits jetzt zeigt das Studentenzentrum in Zusammenarbeit mit dem f.i.l.m. club Lübeck alle drei Wochen einen Film (der f.i.l.m.-club stellt übrigens eine hervorragende Alternative zum kommerziellen Kino dar. Seine Veranstaltungen finden mittwochs um 18⁰⁰ und 20⁰⁰ im Vortragssaal des Dommuseums statt.

Donnerstags werden die Filme zur gleichen Zeit im Forum des städtischen Gymnasiums Bad Schwartau gezeigt.)

Doch zurück zum Studentenzentrum. Es bietet Euch nämlich die einmalige Möglichkeit, Eure Vorstellungen und Interessen selbst zu verwirklichen. Ihr könnt, wenn Ihr wollt, jederzeit mitarbeiten. Deshalb: kommt vorbei, bringt

ANZEIGEN

Suche gebrauchten

MOTOR für VW-Käfer (Bauj.'66
(44 oder 40 PS)

Christoph Schurig
24HL
Glockengießerstr.8
Tel. 705113

Suche guterhaltenes und billiges
Fahrrad.

Gertrud Buck
Anschützstr. 15

Ich suche auch ein Fahrrad -
jedoch mein eigenes! Das ist
mir nämlich in der letzten Woche
im Kliniksgelände geklaut worden

A. Stoltenberg

VERKAUF:

Finn G 235
Kartisch -Bau, Bruder-Mast
Raudoschl-Segel

Dr.I.Loh se
24 HL Grüner Weg 57
Tel.32424

Was haltet Ihr davon, der MHL
einen Namen zu geben?
Wenn Ihr Vorschläge habt, bring
sie beim Asta vorbei!

DAS 13. PROGRAMM

Der 1. Dezember bietet für alle Lübecker Fernsehfreunde (und "Durchlicker") einen besonderen Leckerbissen: das 13. Programm. Von und mit

DIETRICH KITTNER

dem bekannten bundesdeutschen Politikabarettisten, der in seiner zwei-stündigen Ein-Mann-Show mit scharfer Zunge, schauspielerischer und sprachlicher Fertigkeit Spezifisches und Grundsätzliches zum Thema "Schöne Wirtschaft" bringen wird.

Nicht im Fernsehen, versteht sich, sondern ab 20⁰⁰h in der MHL im Hörsaal T₁. Wer also hören will, wird hören, was Kittner zu Dingen wie der Preisgebarung unserer schönen Wirtschaft, zu Bundeswehr-Hochschulen, Berufsverboten, zum Rätsel um die verschwundene Stabilität, zu Reformwillen und Reformwirklichkeit zu sagen hat. Neben dem Song zur Gitarre gibt es Masken, Mimik und Kostüme, die Kittners bissig-witzig-bösartige Nummern unterstreichen. Kurz etwas zusehen Personalien: 35-jährig, studierte in Göttingen die Rechte (!) und Geschichte schon damals Studentenkabarett, jedoch 1962 die Einsicht in die Unvereinbarkeit von Studium und Kabarett. Folgerichtig Anmeldung eines "Gewerbebetriebes für Politische Satire" beim Ordnungsamt Hannover. Seit 1965 Ein-Mann-Programme, jährlich 150 000 live-Zuschauer, 70 000 Reisekilometer, bisher über 4 000 Vorstellungen in 380 Gastspielorten.

Das wirft nur ein Streiflicht auf einen

feur, Regisseur, Hauptdarsteller, Bühnenarbeiter, Tonmeister und Diskutator, der die Diskussion mit dem Publikum nicht scheut.

Und wenn gesagt wird, das Kabarett sei tot, so werden auch die Lübecker mit Dietrich Kittner das höchst lebendige Gegenargument geliefert bekommen!

Es bleibt zu wünschen, daß möglichst viele Anstoß nehmen: Denkanstoß!

KITTNER



KOMMT

KOMMUNISTEN JETZT FÜR BERUFSVERBOTE ?

Ja, da muß man schon 2x hinschauen, ob Traum oder "5.Springender Punkt"! Denn entweder lügt die Überschrift, oder es waren keine Kommunisten, die Berufsverbote fordern.

Da aber im Protokoll der Stupa-Sitzung v. 21.10. nachzulesen ist, daß jetzt auch in Lübeck der KSV für Berufsverbote - natürlich nur für fortschrittliche Sozialdemokraten und DKP-Mitglieder, versteht sich - muß man annehmen, daß sie eben keine Kommunisten sind.

Wie kann man diesen Widerspruch beim KSV lösen bzw. verstehen?

Während Sozialisten und Kommunisten in aller Welt bei einer Beurteilung einer gesellschaftlichen Situation sich immer erst um die Frage bemühen:

- wem gehören die Produktionsmittel (Fabriken etc.)
- wer verdient an der Arbeitskraft indem die produzierte Ware teurer verkauft wird als sie ihren Produzenten bezahlt wird
- und wer ist gezwungen, seine Arbeitskraft zu verkaufen,

scheinen für die Maoisten diese Fragen zunehmend unwichtiger zu werden. (Das gilt sowohl für deutsche als auch für chinesische Maoisten)

Dafür einige Beispiele:

- Die VR China verläßt den UNO-Saal und weigert sich, den blutigen Militärputsch vom 13.9.73 in Chile zu verurteilen;
- Die VR China kommentiert die Umwälzungen in Portugal mit "Besorgnis über die Bresche auf der

Südflanke des europäischen Raumes der NATO" (Agentur Hsin-Aua)

Politisch hat das Verlassen eines marxistischen Standpunktes (nämlich zu fragen : wer bezahlt die Armee, wer verdient daran, wessen Eigentum hat sie zu verteidigen?) zu

Forderungen des KSV geführt wie

- für eine starke NATO
- Atomwaffen für europäische Länder
- keine Proteste mehr gegen NATO-Übungsplätze
- für Wehrrertüchtigung und Wehrkundeunterricht in den Schulen

(für Kleingläubige: bitte "Rote Fahne" 27/28/1975 kontrollieren!)

Aber damit nicht genug:

Jetzt fordert dieser Verband auch noch Berufsverbote!

Spätestens hier muß man merken, daß solchen Positionen keine marxistische Analysen zugrunde liegen, damit auch keine linken Positionen sind. Sie unterstützen objektiv die Positionen der Reaktion (Strauß etc) einmal im formalen Argument (NATO-Aufrüstung), zum anderen in der Zielrichtung (gegen die Sowjetunion).

Man sollte natürlich nicht vergessen daß manche Vertreter und Sympathisanten durchaus im ehrlichen Bewußtsein gegen Kolonialismus und Imperialismus auftreten können.

Aber die obigen kurzen Einzelbeispiele und ihre Widersprüche sollten eigentlich zu denken geben.

Die Widersprüche mehren sich nämlich (Ein ehemaliger Sympatisant)

TERMINE

29.11. Weihnachtsbazar der Jungen Pioniere von 11-13⁰⁰ auf der Fußgängerzone

- 12. 13⁰⁰ VOLLVERSAMMLUNG
Vorl. Tagesordnung :
 - 1.) Bericht der Satzungs-kommission zu den Satzungs-auseinandersetzungen
 - 2.) Hearing zu den Auswirkun-gen der Sparmaßnahmen auf Krankenversorgung, Forschung und Ausbildung (besonders Praktisches Jahr) an der MHL
- 20⁰⁰ Kabaret mit DIETRICH KITTNER
Programm: Schöne Wirtschaft
Ort: Hörsaal T 1
Kartenvorverkauf im AstA
- 12. 19³⁰ Veranstaltung zum Thema BERUFSVERBOTE
Mit Referenten

ZITATE

Ein kluges Wort -
und schon ist man
Kommunist!

Das Selbstverständnis der Ärzte kommt dem indianischer Medizinmänner gleich.

(Hans Georg Wolter
Staatssekretär)

Neben den Vertretern anderer radikaler Organisationen waren es SPD Mitglieder, die dort das Wort ergriffen.

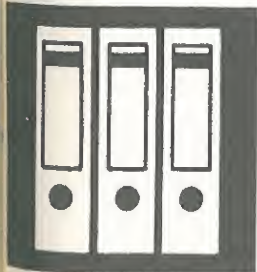
(Bayernkurier)



heintr. hünicke

Lübeck - Büro- und Zeichentechnik

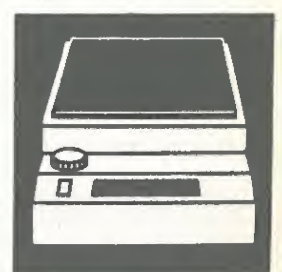
Bürobedarf



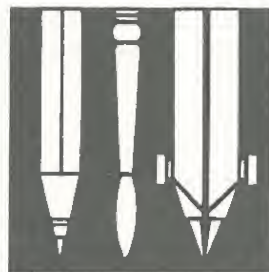
Büromaschinen



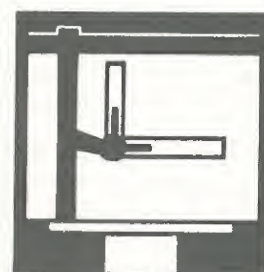
Kopiertechnik



Zeichenbedarf



Zeichentechnik



BÜRO-Leistungszentrum: Fischergroße 60

Ausstellung für Büromöbel - Büro-maschinen - Kopiertechnik - Ver-messungstechnik - Zeichenbedarf

Fachgeschäft: Huxstraße 15

Büro-, Zeichen- und Künstlerbedarf

Fachgeschäft: Wahnstraße 7

Versorgungsplan für Mediziner.

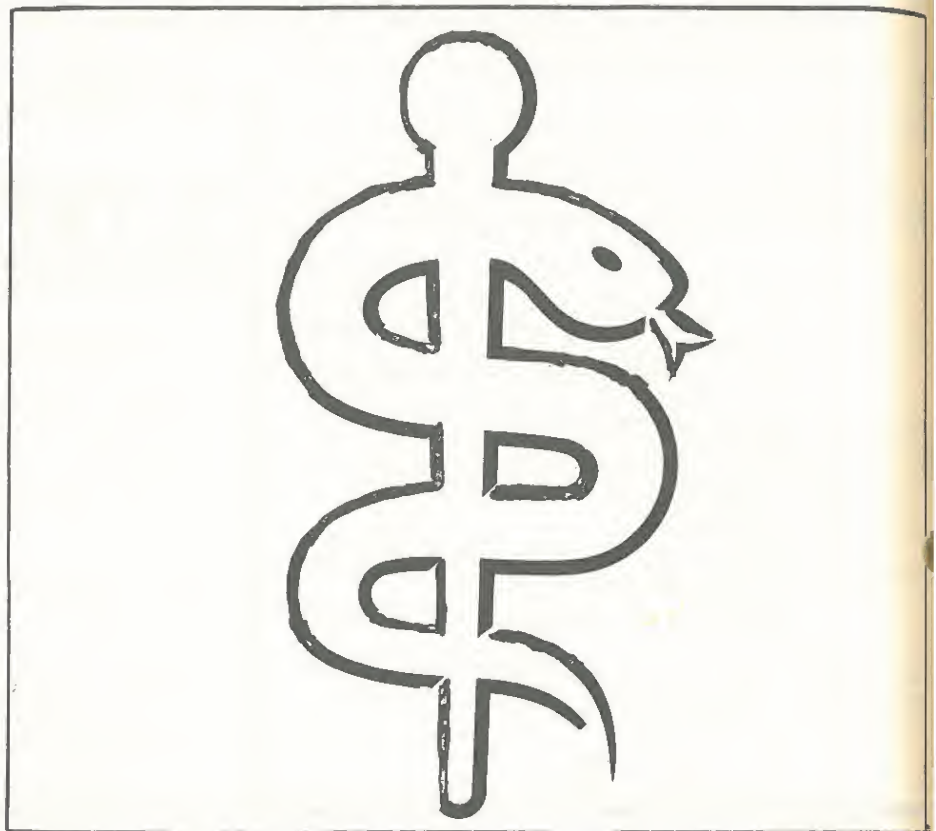
Walter Schreiber

Reg. Insp. a. D.

AKADEMIKER VERSORGUNG

24 Lübeck 1 · Kurauer Straße 10

Telefon 0451 - 49 52 83



Mit oder ohne ärztliche Versorgungswerke: Probleme bleiben

Durch die Einrichtung von immer mehr ärztlichen Versorgungswerken in den letzten Jahren ist hier und da der Eindruck entstanden, daß es ernsthafte Versorgungsprobleme für Ärzte nicht mehr gibt. Aber dieser Eindruck täuscht.

Nur eine Grundversorgung

Die Leistungen der ärztlichen Versorgungswerke sind zwar regional verschieden, sie können jedoch immer nur eine Grundversorgung bieten. Außerdem bestehen ärztliche Versorgungswerke noch nicht überall in der Bundesrepublik. Manche Ärzte - vor allem die jüngeren

Solange der Arzt seinen Beruf ausübt, kann er mit einem relativ hohen Einkommen und Lebensstandard rechnen. Aber wie sieht es aus, wenn er eines Tages berufsunfähig wird oder die Altersgrenze erreicht. Viele Ärzte sind sich nicht

darüber im klaren, daß sie dann empfindliche Einkommensverluste hinnehmen und ihren Lebensstandard erheblich einschränken müssen.

- sind außerdem immer noch auf die Sozialversicherung angewiesen, deren Leistungen von der Erfüllung der Wartezeit abhängig sind und allgemein niedriger liegen als die Leistungen aus einem ärztlichen Versorgungswerk. Das gilt insbesondere bei Berufsunfähigkeit in

den ersten Berufsjahren. Im Todesfall beträgt die Witwenrente in der Sozialversicherung wie auch bei den ärztlichen Versorgungswerken nur 60 Prozent der Versichertenrente.

Wartezeiten in der Rentenversicherung der Angestellten

Berufsunfähigkeitsrente	60 Beitragsmonate
Erwerbsunfähigkeitsrente	60 Beitragsmonate
Witwen- und Waisenrente	60 Beitragsmonate
Altersruhegeld	180 Beitragsmonate

Erst wenn diese Wartezeiten voll mit Beiträgen belegt sind, wird die Rente gezahlt.

Lösen Sie Ihre Versorgungsprobleme rechtzeitig

Dann müssen Sie Ihren Lebensstandard im Versorgungsfall nicht erheblich ein-

Es leuchtet ein, daß unter den genannten Gesichtspunkten eine Zusatzversorgung

und wirtschaftlichen Verhältnisse, für jeden Arzt notwendig ist. Vor allem dann,